

# neue. praxis

Zeitschrift für  
Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik

Bedingungslose Jugendhilfe

Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt  
in pädagogischen Einrichtungen

Sportorientierte Aktivitäten in den teil- und  
vollstationären Hilfen zur Erziehung

Familie und Familienpolitik

(Neu-)Ordnungen von pädagogischer  
Professionalität und Geschlecht

**Herausgeber**

Hans-Uwe Otto, Hans Thiersch

**Redaktion**

Karin Böllert, Münster; Gaby Flösser, Dortmund;  
Hans-Uwe Otto (verantwortlich), Bielefeld; Rainer  
Treptow, Tübingen.

**Redaktionsanschrift**

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Uwe Otto,  
Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaft,  
Postfach 100131, 33501 Bielefeld  
Tel. 0521 1063308 oder 0521 9811214  
e-mail: hansuwe.otto@uni-bielefeld.de

**Beirat**

Sabine Andresen, Frankfurt/M.; Gerhard Bäcker, Duisburg;  
Maria Bitzan, Esslingen; Karin Bock, Dresden; Lothar  
Böhnisch, Dresden; Margrit Brückner, Frankfurt/M.;  
Micha Brumlik, Frankfurt/M.; Hauke Brunkhorst,  
Flensburg/Berlin; Thomas Coelen, Siegen; Thomas  
Feldes, Bochum; Thomas Gabriel, Dübendorf (CH);  
Klaus Grunwald, Stuttgart; Franz Hamburger, Mainz;  
Andreas Hilliger, Potsdam; Reinhard Hörster, Halle/S.;  
Maria-Eleonora Karsten, Lüneburg; Fabian Kessl, Essen;  
Heiner Keupp, München; Björn Kraus, Freiburg;  
Dieter Kreft, Nürnberg; Christian Lüders, München;  
Peter Marquard, Hamburg; Joachim Merchel, Münster;  
Dirk Michel, Kopenhagen; Johannes Münder, Berlin;  
Wolfgang Nieke, Rostock; Ulrich Otto, Zürich; Thomas  
Rauschenbach, München; Helmut Richter, Hamburg;  
Christoph Sachße, Kassel; Klaus Schäfer, Köln; Werner  
Scheffold, München; Stefan Schnurr, Basel/Olten (CH);  
Wolfgang Schröer, Hildesheim; Friedrich W. Seibel,  
Koblenz; Werner Springer, Essen; Heinz Sücker,  
Wuppertal; Werner Thole, Kassel; Friedhelm Vahsen,  
Hildesheim; Reinhard Wiesner, Bonn

**Verlag**

Verlag neue praxis GmbH,  
Lahneckstr. 10, 56112 Lahnstein  
Tel. 02621 187159  
Fax 02621 187176  
E-mail: info@verlag-neue-praxis.de  
Bankkonto: Volksbank Rhein-Lahn  
BLZ 57092800  
Kto.-Nr. 200240715

IBAN: DE95570928000200240715  
BIC: GENODE51DIE (Ort Diez)

Alleingesellschafterin:  
Ute C. Renda-Becker

**Bezugspreis**

Die np erscheint 6 x jährlich.  
Einzelheft 19,- €,  
Jahresabonnement 79,- €,  
Studierendenabonnement 64,- €. Die SLR (erscheint 2 x jährlich) kostet im  
Kombiabonnement mit der np 19,- €  
zzgl. Zustellgebühr

Das Abonnement der *neuen praxis* ist schriftlich  
mit einer Frist von sechs Wochen zum Ende eines  
Kalenderjahres kündbar. Probeabonnements, die  
nicht acht Tage nach Erhalt des letzten Probeheftes  
schriftlich gekündigt werden, gehen automatisch  
in ein Jahresabonnement über.

ISSN 0342-9857

**Anzeigen**

Zurzeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 19 vom 1.1.2006

**Verwaltung und Auslieferung**

Verlag neue praxis GmbH, Lahnstein

**Satz**

MedienServiceCenter Ute C. Renda-Becker, Lahnstein

**Druckerei und Lieferanschrift für Beilagen**

Rewi Druckhaus, Wiesentraße 11,  
57537 Wissen

Nachdruck von Beiträgen nur mit Genehmigung der  
Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen. Zurücksendung  
erfolgt nur, wenn Porto beigefügt ist. Die Zeitschrift  
kann durch die Buchhandlung und direkt vom Verlag  
bezogen werden. Alle Rechte, auch die der  
fotomechanischen Wiedergabe sind vorbehalten.

Manuskriptangebote senden Sie bitte per E-Mail  
direkt an: hansuwe.otto@uni-bielefeld.de. Alle  
Beiträge durchlaufen ein blind-peer-review-Verfahren.

**Copyright**

© Verlag neue praxis GmbH, Lahnstein

*Die neue praxis wird regelmäßig im »Sozialwissen-  
schaftlichen Literaturinformationssystem SOLIS«  
des Informationszentrums Sozialwissenschaften  
(Lennéstr. 30, 53113 Bonn) erfasst.*

# neue. praxis

Zeitschrift für  
Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik

49. Jahrgang 2019/Heft 3

## BEITRÄGE

- Mark Schrödter/Katharina Freres*  
Bedingungslose Jugendhilfe ..... 221
- Bernd Christmann/Martin Wazlawik*  
Organisationsethik als Perspektive für die Entwicklung und Ausgestaltung von Schutzkonzepten gegen  
sexualisierte Gewalt in pädagogischen Einrichtungen ..... 234
- Mone Welsche*  
Bewegungs- und sportorientierte Aktivitäten in den teil- und vollstationären Hilfen zur Erziehung in  
Baden-Württemberg ..... 248
- Michael Hermes*  
Familie und Familienpolitik ..... 264
- Susann Fegter/Anna Hontschik/Kim-Patrick Sabla/Maxine Saborowski*  
(Neu)Ordnungen von pädagogischer Professionalität und Geschlecht: Zur Vergeschlechtlichung von  
Professionalität im Kontext der Debatte um »mehr Männer« in Erziehungs- und Bildungsberufen ..... 274

## NP-AKTUELL

- Ulfrid Kleinert*  
»Die offene Knasttür – Ist die Mauer mit Stacheldraht die einzige Lösung für Gefangene?  
Wie finden sie den Weg zurück in den normalen Alltag?« Ulfrid Kleinert, Vorsitzender des Beirats  
der Justizvollzugsanstalt Dresden, hat einen Vorschlag ..... 287

● Ein zentrales Strukturproblem der Jugendhilfe besteht darin, dass bestimmte Leistungen nur unter der Bedingung in Anspruch genommen werden können, dass Eltern sich einer entwürdigenden Bedürftigkeitsprüfung unterziehen. Für *Mark Schrödter* und *Katharina Freres* ist es aber nach fast 40 Jahren Reformdiskussion an der Zeit, frühe Diskussionsstränge aufzugreifen und eine Jugendhilfe zu gestalten, die allen Kindern und Jugendlichen gute Bedingungen des Aufwachsens ermöglicht – und zwar bedingungslos.

● Ethische Bezugnahmen finden sich im Umgang mit sexualisierter Gewalt sowohl im Sinne reflexiver Prozesse als auch organisatorischer Maßnahmen, auf gleichermaßen individueller wie kollektiver Ebene. Inwiefern eine dezidiert organisationsethische Perspektive hierfür nutzbar gemacht werden und insbesondere die Entwicklung von Schutzkonzepten konstruktiv ergänzen kann, diskutieren *Bernd Christmann* und *Martin Wazlawik*. Ausblickend präsentieren sie die Idee einer integrativen Verschränkung von Schutzkonzepten mit dezidierten ethischen Elementen als konstruktive Weiterentwicklung pädagogischer Organisationen.

● Bewegungs- und sportorientierte Aktivitäten haben in den teil- und vollstationären Hilfen zur Erziehung eine lange Tradition. Der Beitrag von *Mone Welsche* beschäftigt sich mit diesen Angeboten, die unterschiedliche Inhalte haben und von den sozialpädagogisch ausgebildeten Fachkräften im Gruppenalltag durchgeführt werden, wobei Bewegung und sportliche Aktivität als Medium zur Umsetzung sozialpädagogischer Zielsetzungen in den Hilfen zur Erziehung eingesetzt werden.

● Die Arbeit mit Familien stellt für die Soziale Arbeit ein bedeutendes Arbeitsfeld dar. Eine lebensweltorientierte Soziale Arbeit – so die von *Michael Hermes* verfolgte These – fokussiert im Rahmen der Arbeit mit Familien auf den Alltag und die unmittelbaren Erfahrungen der Familienmitglieder. Doch wie ist das Verhältnis zwischen dem sozialen Binnenraum von Familien und familienpolitischen Maßnahmen zu beschreiben? Welche Wirkungen entfalten politische Maßnahmen im Alltag von Familien und welche politischen Orientierungen dokumentieren sich darin?

● Ausgehend von der Forderung einer Erhöhung des Anteils an männlichen Fachpersonen in Sozial- und Bildungsberufen werden von *Susann Fegter*, *Anna Hontschik*, *Kim-Patrick Sabla* und *Maxine Saborowski* die Argumentationslinien der (fach-)öffentlichen Debatte und deren geschlechtertheoretische Implikationen nachgezeichnet. Im Anschluss daran beleuchten sie die Handlungsfelder – Sozialpädagogische Familienhilfe und Kindertagesstätten – in ihrer Konstitution als ›gendered professions‹ und skizzieren das empirische Vorgehen, mit dem untersucht worden ist, wie Fachkräfte im Sprechen über professionelles Handeln das Verhältnis von Professionalität und Geschlecht ordnen.

Mark Schrödter/Katharina Freres

## Bedingungslose Jugendhilfe

### 1 Einleitung

Die laufende Reformdiskussion zum SGB VIII könnte genutzt werden, grundlegende Strukturprobleme des Jugendhilfesystems anzugehen. So wäre zu fragen, inwiefern Jugendhilfe jene förderlichen Bedingungen des Aufwachsens bereitzustellen vermag, die Kindern und Jugendlichen im Sinne eines vernünftigen Maßstabs von sozialer Gerechtigkeit zustehen. Dabei wäre auch zu prüfen, in welchem Maße Jugendhilfe selbst Ungerechtigkeit und Leid hervorbringt.

Ein zentrales Strukturproblem der Jugendhilfe besteht darin, dass bestimmte Leistungen nur unter der Bedingung in Anspruch genommen werden können, dass Eltern sich einer entwürdigenden Bedürftigkeitsprüfung unterziehen. Diese Diagnose ist seit den Diskussionen um eine »offensive Jugendhilfe« in den 1980'er Jahren immer wieder thematisch gewesen (Hottelet et al., 1978), hat sich aber auf die praktischen Reformbemühungen kaum ausgewirkt. Vielleicht ist es aber nun nach fast 40 Jahren Reformdiskussion an der Zeit, frühe Diskussionsstränge aufzugreifen und eine Jugendhilfe zu gestalten, die allen Kindern und Jugendlichen gute Bedingungen des Aufwachsens ermöglicht – und zwar bedingungslos. Wir schlagen vor, eine solche Programmatik »Bedingungslose Jugendhilfe« zu nennen – ein Projekt, das interdisziplinäre Anstrengungen erfordert, so dass hier nur ein Aufschlag in groben Zügen skizziert werden kann. Wir wollen im Folgenden zeigen, was eine Bedingungslose Jugendhilfe bedeuten kann.

Anlass und Ziel einer Bedingungslosen Jugendhilfe lässt sich besonders eindrücklich anhand von Fallbeispielen verdeutlichen. Das erste Beispiel stammt aus einem Forschungsprojekt zur Gefährdungseinschätzung im Kinderschutz, bei dem Hausbesuche durch das Jugendamt ethnografisch beobachtet wurden (Freres/Bastian/Schrödter, 2019).

Die Eltern einer siebenjährigen Tochter wenden sich an das Jugendamt, weil sie überfordert seien und die Situation sich bereits so zugespitzt habe, dass die Mutter das Kind geschlagen habe. Die Eltern waren bereits im Jugendamt bei der Erziehungsberatung vorstellig, man habe sie dort aber nicht ernst genommen. So schildert nun der Vater am Telefon erregt die familiäre Situation. Da er nicht zu besänftigen ist, beschließen die Fachkräfte, sich noch am selben Tag vor Ort einen Eindruck zu verschaffen. Beim Hausbesuch versuchen die Eltern, die Fachkräfte zu überzeugen, ihr Kind sofort mitzunehmen. Im Gespräch untermauern sie diese Forderung mit vielen Beispielen, die verdeutlichen sollen, was für ein schlechtes Kind die Tochter sei. Sie habe im Kaufhaus geklaut und Schmuck von der Mutter gestohlen. Sie quäle die Haustiere und rede schlecht über die Eltern in der Schule, so dass sich auch schon die Lehrerin besorgt nach der familiären Situation bei den Eltern erkundige. Die Fachkräfte zeigen sich verständnisvoll und bieten den Eltern die gesamte Palette an niedrigschwelligen sozialpädagogischen Hilfen an, von der Tagesgruppe, über die Einzelbetreuung bis zur Sozialpädagogischen Familienhilfe. Aber die Eltern lehnen ab. Und so geht es in zähen Verhandlungen über Stunden

Bedürftigkeitsprüfung als Strukturproblem

Beispiel für Selbststigmatisierung beim Hilfeersuchen

*Bernd Christmann/Martin Wazlawik*

## Organisationsethik als Perspektive für die Entwicklung und Ausgestaltung von Schutzkonzepten gegen sexualisierte Gewalt in pädagogischen Einrichtungen

### 1 Sexualisierte Gewalt als ethische Herausforderung für die Soziale Arbeit

Die Sorge für das Wohlergehen ihrer Adressat\_innen ist gleichermaßen Anspruch und Legitimation pädagogischer Einrichtungen. Der Auftrag Kinder und Jugendliche zu betreuen, zu erziehen und zu bilden setzt voraus, dass dies in einer sicheren und gewaltfreien Atmosphäre geschieht. Institutionen, Organisationen und individuelle Fachkräfte sind demnach in der Pflicht, ihre pädagogischen Befugnisse und die damit einhergehende Macht verantwortungsvoll und reflektiert zum Wohle der ihnen anvertrauten Personen zu handhaben. Anspruch und Mandat alleine sind dabei nachweislich nicht ausreichend, um pädagogische Einrichtungen auch per se zu sicheren Orten zu machen. Vielmehr besteht hier stets das Risiko, dass sich »Opportunitätsstrukturen« herausbilden, die unterschiedliche Formen von Grenzüberschreitungen begünstigen können (vgl. Ley/Ziegler, 2012: 265). Als besonders schwerwiegende Form pädagogischen Machtmissbrauchs werden sexualisierte Übergriffe von Fachkräften gegenüber Adressat\_innen erachtet. Das empirisch zunehmend fundierte Wissen darüber, dass solche Übergriffe in einer Vielzahl von Einrichtungen in der Vergangenheit teils massiv und systematisch ausgeübt wurden, und dass auch aktuell immer wieder Fälle bekannt werden, stellt das Selbstbild der Sozialen Arbeit nachhaltig infrage. Eine spezifische disziplinäre und professionelle Notwendigkeit zur Positionierung besteht darin, dass aus unterschiedlichen Gründen (z. B. aufgrund von Verjährung) in vielen Fällen keine strafrechtliche Sanktionierung von Übergriffen möglich ist. So markiert etwa Nittel (2017) mit Blick auf die Debatte innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) um den Ausschluss des ehemaligen Leiters der Odenwaldschule, Gerold Becker, das Vorhandensein eigenständiger, vom gesellschaftlichen Rechtssystem unabhängiger, Kontrollmechanismen als wesentlichen Ausweis einer Profession (ebd.: 25). Dass entsprechende Kontrollmechanismen, nicht nur in Ermangelung eines möglichen strafrechtlichen Zugriffs, unabdingbar einer (professions-)ethischen Grundlage bedürfen, konstatiert weiterhin auch Thole (2014) und fordert Institutionen, Organisationen, Arbeitsgemeinschaften und Gesellschaften im Bereich der Sozialen Arbeit zur Entwicklung professionsethischer Prämissen auf, die der Implementierung eines ethischen Bewusstseins für den Umgang mit sexualisierter Gewalt insbesondere in pädagogischen Organisationen dienen können (ebd.: 164). Auch im Bereich der erziehungswissenschaftlichen Forschung zu sexualisierter Gewalt hat die Beachtung ethischer Aspekte zunehmend

Systematische Ausübung sexualisierter Übergriffe von Fachkräften

Mone Welsche

## Bewegungs- und sportorientierte Aktivitäten in den teil- und vollstationären Hilfen zur Erziehung in Baden-Württemberg

### 1 Einleitung

Bewegungs- und sportorientierte Aktivitäten haben in den teil- und vollstationären Hilfen zur Erziehung (HzE) eine lange Tradition. Das Potenzial von Bewegung und Sport wurde schon früh erkannt, um pädagogische Ziele, wie z.B. Steigerung des Selbstwertgefühls, Förderung der Ich-Stärkung und Beziehungsfähigkeit, kindgerecht umzusetzen und Möglichkeiten zum emotionalen Ausgleich zu geben (Überblick bei Hammer, 2015, 2007). Im sozialpädagogischen Diskurs werden bewegungs- und sportorientierte Angebote für Kinder und Jugendliche in der Jugendhilfe vor allem unter den folgenden drei Aspekten als bedeutsam angesehen (u.a. Welsche, 2018a, 2013; Gräfe/Witte, 2014; Seibel, 2013; Kammerer/ Klinkhammer, 2007; Michels, 2007; Dräbing, 2006):

Drei Argumente für bewegungs- und sportorientierte Aktivitäten

- Im Verständnis der WHO Definition von Gesundheitsförderung (1986) können diese Angebote durch die Förderung körperlicher, sozialer und psychischer Ressourcen zu einem allgemeinen und umfassenden Wohlbefinden beitragen.
- Teilhabe an den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, z.B. unter Freizeit-, Kultur-, Bildungs- oder Gesundheitsaspekten, kann mittels bewegungs- und sportorientierter Aktivitäten ermöglicht werden. Das zugeschriebene Bildungspotenzial von Bewegung und (organisiertem) Sport (s. u.a. Kuhlenkamp, 2017, 81 f.; BMFSFJ, 2005, 376), wie auch die herausragende Bedeutung sportlicher Aktivität als Freizeitinhalt junger Menschen (BMFSFJ, 2017, 394) spielt unter dem Teilhabeaspekt eine besondere Rolle.
- Darüber hinaus bieten solche Angebote die Möglichkeit, emotional-soziale, sprachliche, kognitive und motorische Fähigkeiten und Fertigkeiten im Sinne einer ganzheitlichen Persönlichkeitsentwicklung zu fördern.

Auf die Adressatengruppe der Kinder- und Jugendlichen in den teil- und vollstationären HzE geschaut, welche häufig sehr hohe individuelle Belastungen bis hin zu psychischen Erkrankungen zeigen (Macsenaere/Schemenau, 2008; Schmid et al., 2008), die sie deutlich bis massiv in ihrer Entwicklung beeinträchtigen, und in besonderem Maße von sozialer Benachteiligung bedroht sind, stellen alle drei Aspekte gewichtige Argumente für den Einsatz von bewegungs- und sportorientierten Aktivitäten in diesen Maßnahmen dar, um die Kinder und Jugendlichen vor allem in ihrer emotional-sozialen Entwicklung zu unterstützen, Wohlbefinden im oben genannten Sinne zu fördern und Teilhabe zu ermöglichen oder verbessern.

In der Literatur zu den HzE finden sich nur sehr vereinzelt Hinweise auf Bewegung und/oder Sport als Medium der Alltagspädagogik. Hammer et al. (2015, 199) betonen die Bedeutung explizit sportpädagogischer Aktivitäten im Kontext der Gesundheitsförderung. Hier könnten Sportarten gelernt aber auch die Entwicklung

Michael Hermes

## Familie und Familienpolitik

Die Arbeit mit Familien stellt für die Soziale Arbeit ein bedeutendes Arbeitsfeld dar. Sie lässt sich als ein spezifisches Tätigkeitsfeld bezeichnen, innerhalb dessen »sozialpädagogische Problemstellungen, die durch Bildung und Erziehung bearbeitet werden, im Zentrum stehen« (Uhlendorff/Euteneuer/Sabla, 2013: 13). Eine lebensweltorientierte Soziale Arbeit – so die in diesem Beitrag verfolgte These – fokussiert im Rahmen der Arbeit mit Familien auf den Alltag und die unmittelbaren Erfahrungen der Familienmitglieder (vgl. Thiersch/Fischer-Gese, 2011: 216). Relevant sind neben subjektbezogenen biografischen Erfahrungen und dem sozialen Miteinander im Erfahrungsraum Familie (vgl. Hermes, 2017) weitere Sozialisationsinstanzen und nicht zuletzt (Aus-)Wirkungen familienpolitischer Maßnahmen, die in den Alltag von Familien eingreifen. Doch wie ist das Verhältnis zwischen dem sozialen Binnenraum von Familien und familienpolitischen Maßnahmen zu beschreiben? Welche Wirkungen entfalten politische Maßnahmen im Alltag von Familien und welche politischen Orientierungen dokumentieren sich darin? Um diesen Fragen nachzugehen seien folgende Grundannahmen vorangestellt: Wie Familien in einer Gesellschaft wahrgenommen werden beziehungsweise was in einer Gesellschaft als Familie wahrgenommen wird unterliegt sich wandelnden Diskursen. Genauer gesagt: Was als eine Familie gilt ist nicht *ex cathedra* gegeben, sondern wird – wie andere Wissensbestände auch – subjektiv und gesellschaftlich hergestellt (vgl. Berger/Luckmann, 2010) und ist an unterschiedlichste Erfahrungsräume gebunden (vgl. Mannheim, 1980). Dergleichen gilt auch für politische Diskurse und politisches Handeln, welches Familien (und damit Eltern und ihre Kinder) adressiert (vgl. etwa Correll/Kassner, 2018; Oelkers, 2018 sowie Jergus, 2018).

Vor dem Hintergrund der Wissenssoziologie Karl Mannheims wird aufgezeigt, wie sich Familie als Erfahrungsraum zu familienpolitischen Maßnahmen ins Verhältnis setzt. Verwiesen wird auf eine Synthese von Privatheit und Öffentlichkeit, aus der heraus vor einer Instrumentalisierung der Familienpolitik gewarnt wird.

### 1 Erfahrungsraum Familie

Im wissenschaftlichen Diskurs über den Begriff »Familie« lassen sich mindestens zwei – teils widerstrebende – Pole ausmachen: Zum einen lässt sich eine empirische Vielfalt an Lebens- und Familienformen feststellen, zum anderen scheinen Leitbilder von Familie festzustehen und bilden möglicherweise die normative Grundlage einer Familie, die als »Normalfamilie« angesehen wird. Daraus ergibt sich ein heterogenes Forschungsfeld Familie, welches spezifische Perspektiven und Verknüpfungen erlaubt, sodass gleichzeitig eine Theoriebildung sowie die Darstellung empirischer Diversität von Familie vorangetrieben werden (vgl. auch Maier, 2018: 259).

Abseits von der Betrachtung von Items quantitativer Forschung wie Strukturmerkmalen von Familie (etwa Familienstand, Kinderanzahl, Verwandtschaftsbeziehungen), nimmt eine subjektorientierte Familienforschung Familie als Ort per-



Susann Fegter/Anna Hontschik/Kim-Patrick Sabla/Maxine Saborowski

## (Neu-)Ordnungen von pädagogischer Professionalität und Geschlecht

*Zur Vergeschlechtlichung von Professionalität im Kontext der Debatte um »mehr Männer« in Erziehungs- und Bildungsberufen*

Die zahlenmäßige Unterrepräsentanz von Männern im Sozial- und Bildungswesen wird in der internationalen Diskussion seit Ende der 1990er Jahre problematisiert (vgl. Christie, 1998) und die Debatte hat nach der Jahrtausendwende im Zusammenhang der Veröffentlichung der PISA-Studien auch den deutschsprachigen Raum erreicht (u.a. Rose/May, 2014; Hurrelmann/Schultz, 2012). Die Forderung wird von politischen Programmen wie dem Bundesmodellprojekt *MEHR Männer in KiTas* oder dem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten Netzwerk *Neue Wege für Jungs*, das männliche Jugendliche im Prozess einer erweiterten Berufsorientierung unterstützen soll, gerahmt. Ein Schwerpunkt der deutschsprachigen Diskussion liegt im Bereich der Kindertagesstätten (vgl. Thielemann, 2019; Diewald, 2018; Kubandt, 2018; Aigner/Poscheschnik, 2015; Keller, 2015), die im Fokus bildungspolitischer Bemühungen um Ausbau und Anerkennung stehen. Doch auch für die Soziale Arbeit insgesamt wird die Thematik rezipiert (vgl. Bereswill, 2016; Rose/May, 2014; Bundschuh/Böwer, 2013).

Diskursphänomen der Professionsgeschichte

Vor dem Hintergrund, dass die Unterrepräsentanz von Männern in der Sozialen Arbeit und der Elementarpädagogik kein neues Phänomen ist, kann die erhöhte gesellschaftliche Aufmerksamkeit darauf als Diskursphänomen verstanden werden, bei dem – mit Foucault gesprochen – ein lange Zeit »unproblematisches Erfahrungsfeld oder eine Reihe von Praktiken, die als selbstverständlich akzeptiert wurden, zum Problem werden« (Foucault, 1996: 78). Diskursanalytisch betrachtet, deutet die Forderung nach mehr männlichen Fachkräften im Erziehungs- und Bildungswesen auf (Neu-)Ordnungen im Verhältnis von Professionalität und Geschlecht hin. Von der erziehungswissenschaftlichen Professions- und Geschlechterforschung wurde herausgearbeitet, dass in der Beschreibung pädagogischer Professionalität die Konstruktion einer geschlechtlichen Eignung historisch konstitutiv war (vgl. Rendtorff, 2006; Rabe-Kleberg, 1996, 1999; Maurer, 2011; Heite, 2008). Das ist ein Befund einer diskurstheoretischen Lesart der Professionsgeschichte, auf die aufbauend hier pädagogische Professionalität als ein durch konstitutive Vergeschlechtlichung bestimmter Untersuchungsgegenstand gesetzt wird.

Im Rahmen des Beitrags werden ausgehend von der Forderung einer Erhöhung des Anteils an männlichen Fachpersonen in Sozial- und Bildungsberufen die Argumentationslinien der (fach-)öffentlichen Debatte und deren geschlechtertheoretische Implikationen nachgezeichnet. Anschließend werden die beiden im Fokus des Forschungsprojekts »NeO – (Neu-)Ordnungen von Professionalität und Geschlecht. Diskursanalytische Untersuchung der Äußerungen von Fachkräften in

*np-Sonderheft 13*

## **Flucht, Sozialstaat und Soziale Arbeit**

Hrsg. von Albert Scherr und Gökçen Yüksel

Das Sonderheft leistet einen Beitrag zur Fundierung der Debatte über die Herausforderungen, mit denen Sozialstaat und Soziale Arbeit infolge der Zuwanderung von Flüchtlingen konfrontiert wird. Ausgehend von einer Analyse der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wird der Widerspruch zwischen dem Selbstverständnis Sozialer Arbeit als Hilfe und ihren Verstrickungen in die Strukturen des nationalen Wohlfahrtsstaates aufgezeigt: Flüchtlinge sind auf soziale Hilfen in besonderer Weise angewiesen, ihre Ansprüche auf Hilfen werden jedoch durch politische und rechtliche Festlegungen begrenzt und hierarchisiert. Damit stellt sich für die Soziale Arbeit als Disziplin und Profession die Herausforderung nach einer Positionsbestimmung. Dies sowohl in Bezug auf den politischen Diskurs wie auch für die Erfordernisse einer fachlich vertretbaren Praxis in ihren Arbeitsfeldern.

Unter Bedingungen fortschreitender Globalisierung erweist sich dabei eine nationalstaatliche Rahmung der Theorie und Praxis Sozialer Arbeit als unzureichend. Denn durch Flüchtlinge werden auch Sozialstaat und Soziale Arbeit mit den negativen Folgen einer Globalisierung konfrontiert, die weder zur Überwindung ökonomischer Ungleichheiten zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden, noch zur Ausbreitung von Demokratie und Menschenrechten geführt hat. Daraus resultiert eine unabweisbare Bewährungsprobe auch für die Soziale Arbeit.

Der Band enthält Beiträge von:

*Jutta Aumüller, Sybille De La Rosa, Marcus Emmerich, Niels Espenhorst, Larissa Fleischmann, Patrice G. Poutrus, Franz Hamburger, Ulrike Hormel, Susanne Johansson, Judith Jording, Sebastian Muy, Frank-Olaf Radtke, Albert Scherr, Karin Scherschel, David Schiefer, Elias Steinhilper, Norbert Struck, David Werdermann, Gökçen Yüksel*

168 Seiten, für Abonnent\_innen der np und SLR: 18,00 Euro,  
für nicht Abonnent\_innen: 22,00 Euro zzgl. Versand

Zu beziehen über Ihre Buchhandlung oder direkt beim Verlag:  
[www.neue-praxis-shop.de](http://www.neue-praxis-shop.de)

### Interview

---

*Ulfrid Kleinert*

**»Die offene Knasttür – Ist die Mauer mit Stacheldraht die einzige Lösung für Gefangene? Wie finden sie den Weg zurück in den normalen Alltag?«**

*Ulfrid Kleinert, Vorsitzender des Beirats der Justizvollzugsanstalt Dresden, hat einen Vorschlag<sup>1</sup>*

**Sie plädieren für einen Justizvollzug ohne Gefängnis – wie soll das funktionieren, Herr Professor Kleinert?**

Dahinter steht die Frage, wie man mit Menschen umgeht, die das geltende Recht verletzt haben. Für manche wird es weiterhin Gefängnisse geben müssen, weil sie die Öffentlichkeit gefährden durch Verbrechen, Raub und Gewalt. Aber wie viele Täter aus Sicherheitsgründen wirklich in eine geschlossene Haftanstalt gehören, darüber streiten die Experten. Ich denke, es sind etwa 20 bis 30 Prozent der Gefangenen. Für andere ist diese Form nicht nur nicht hilfreich, sondern sogar schädlich.

**Warum das?**

Weil mancher in der Haft mehr kriminelle Erfahrung erwirbt, als er vorher hatte. Es gibt eine Subkultur mit Gewalt und Drogen, die schwer zu verhindern ist. Überhaupt wirkt das Gefängnis-system nicht so, dass es die Resozialisierung befördert. Es gibt ein Übermaß an vorstrukturierter Zeit. Die Gefangenen werden geweckt, versorgt, von einem Ort zum anderen gebracht. Dabei verlernen sie es, Verantwortung für sich selbst zu übernehmen, wie sie in der Freiheit gefordert ist.

---

<sup>1</sup> Interview von Karin Grossmann, erschienen im Magazin der Sächsischen Zeitung vom 27./28.4. 2019 Seite M5 bzw. M15.

**Ist mancher nicht ganz froh, diese Verantwortung abgeben zu können?**

Sicher gibt es Einzelfälle, für die eine rigide Regelung des Alltags vorübergehend hilfreich ist. Manche finden die Rundumversorgung bequem und überwintern im Gefängnis. Das sind Ausnahmen. Ich würde gern jenen eine Chance geben, die eine Alternative zur Haft wollen.

**An welche Gefangenen denken Sie?**

Zehn Prozent der Inhaftierten in unseren Gefängnissen sitzen eine Ersatzfreiheitsstrafe ab. Sie wurden nicht zur Haft verurteilt. Sie sollten eine Geldstrafe zahlen, etwa für wiederholtes Schwarzfahren oder für kleinere Diebstähle. Aus unterschiedlichen Gründen haben sie das Geld nicht bezahlt. Viele haben es nicht bezahlen können. Sie haben gar keine Möglichkeit, Geld zu sparen. Auch für jene, die höchstens ein Jahr im Gefängnis sitzen, sollte es eine Alternative geben. In Sachsen sind das über 40 Prozent der Inhaftierten.

**Wie könnte die Alternative aussehen?**

Wir sollten mehr gemeinnützige Arbeit anbieten. Aber da hilft es nicht, einen Verurteilten an die Elbwiesen zum Müllsammeln zu bestellen. Da muss eine Beziehung aufgebaut werden, da muss eine Begleitung sein und Kooperation mit anderen ermöglicht werden.

**Staatlich verordnete Arbeit als Strafe ist in Deutschland etwas Heikles seit den Arbeitslagern der NS-Zeit.**

Ich würde auch nicht von Strafe sprechen, sondern von Maßnahmen, von gemeinnützigen Projekten. Das muss allerdings verbindlich geregelt sein.

**Aber Strafe muss sein, sagt der Volksmund.**

Leider sagt er das. Oft ist Rache der erste Gedanke nach einer Tat. Dann heißt es: Der hat was ausgefressen, der soll dafür büßen. Den soll die harte Hand des Gesetzes treffen. Der soll weggesperrt werden, das soll ihm wehtun. Dabei wird ein Bild vom Gefängnis gezeichnet, das es so nicht mehr gibt. Vor allem aber geht eine solche Vorstellung längst nicht mehr mit Gesetzgebung und Rechtsprechung überein. Dort wird als Hauptziel des Strafvollzugs die Resozialisierung genannt. Das heißt, der Täter soll eingegliedert werden in die Gesellschaft. Aber das ist im geschlossenen Vollzug schwer zu leisten.

**Die Praxis des Offenen Vollzugs setzt sich offenbar nicht durch?**

Das wird in Europa von Land zu Land unterschiedlich gehandhabt, in den skandinavischen Ländern vorbildlich. Auch von Bundesland zu Bundesland gibt es große Unterschiede. In Berlin zum Beispiel gehen 30 Prozent der Gefangenen vom ersten Tag an in den Offenen Vollzug. Das heißt, sie arbeiten tagsüber und kehren abends in ihre Zelle zurück. In Sachsen haben lediglich knapp vier Prozent der Gefangenen diese Chance, und das auch nur in den letzten Haftmonaten. Die JVA Dresden hat 800 Gefängnisplätze und 32 für den offenen Vollzug.

**Weil das Risiko zu groß ist, dass etwas passiert?**

Nach 20 Jahren zeigt die Berliner Erfahrung: Das Risiko, durch die Gefängnishaft einen Schaden anzurichten, ist viel größer, als dass einer der kurzzeitig Inhaftierten außerhalb des Gefängnisses wieder straffällig wird. Aber natürlich wird immer ein Restrisiko bleiben. Denn eine hundertprozentige Garantie gibt es nie, auch nicht für unser eigenes Verhalten.

**Warum sträubt sich Sachsen gegen eine Ausweitung des Offenen Vollzugs?**

Im neuen Strafvollzugsgesetz sind sogenannte »freie Formen« vorgesehen. Daran würde ich gern anknüpfen.

**Auf welche Weise?**

Ich habe eine sehr gute Erfahrung in der Nachwendezeit gemacht, als es plötzlich Wohnungslose im Osten gab. Damals hat einer meiner ersten Studenten der Evangelischen Fachhochschule mit Wohnungslosen ein ruinöses Fachwerkhaus in Altkötzschenbroda wieder aufgebaut. Als Zimmermann brachte er das Wissen dazu mit. Er brachte aber auch ein Herz für seine Schützlinge mit. Sie fühlten sich ernst genommen. Das hat ihr Selbstbewusstsein gefördert und ihnen Mut für eine neue Lebensperspektive gegeben. Stolz zeigen sie anderen das von ihnen mitgebaute Haus. Das war eine Resozialisierungsmaßnahme bester Qualität.

**Wie wollen Sie denn diese Erfahrung auf Gefangene übertragen?**

Es ist möglich, dass zehn, zwölf Gefangene in einem Ort in der Region an einem gemeinnützigen Projekt arbeiten. Dafür müsste man die Bürgermeister, die Sportvereine, die sozialen Dienste der Justiz, die Wohlfahrtsverbände und Kirchenvereine mit ins Boot holen. Das geht natürlich nur Schritt für Schritt. Zuerst muss ein Klima der Aufgeschlossenheit für ein solches Projekt geschaffen werden. Es funktioniert nur, wenn die Bevölkerung das mitträgt.

**Warum sollte sie das tun?**

Weil sie vielleicht den jungen Mann kennt und geschätzt hat, der straffällig wurde? Weil sie helfen will, dass er in die Gemeinschaft zurückfindet?

**Können Sie sich einen einzigen Bürgermeister vorstellen, der sich Gefangene ins Dorf holt?**

Seit 2018 treffen sich regelmäßig die Beiratsvorsitzenden aller sächsischen Justizvollzugsanstalten. Da sind auch die Bürgermeister oder ihre Stellvertreter aus Waldheim und Zeithain dabei. Sie zeigen sich aufgeschlossen für eine solche Idee und interessiert an ihrer Verwirklichung. Natürlich ist sie nicht umsonst zu haben.

**Woher soll denn das Geld kommen?**

Es müsste umverteilt werden. Es sollte nicht in neue, zentrale, große Gefängnisse gehen, sondern in kleinere Einheiten in der Region. Für den Neubau des Gefängnisses in Zwickau rechnet man jetzt mit 174 Millionen Euro Gesamtbaukosten – dafür ließen sich Hunderte regionale Projekte installieren. Die CDU hat die Stärkung der Regionen in ihrem Wahlprogramm, und das sehr zu Recht.

**Damit sind sicher nicht Gefangene im Dorf gemeint.**

Warum eigentlich nicht? Die Konflikte müssen in der Gesellschaft ausgetragen werden, denn die Straftäter kommen aus der Gesellschaft. Sie sollte ihre Pflichten nicht wegdelegieren und auch nicht die damit verbundenen Chancen. Seit ich mich mit diesem Problem beschäftige, bekomme ich Anrufe von Bürgern, die besorgt sind, die einen Rat wollen, die von ihren Erfahrungen mit Rechtsverletzern im Verwandten- oder Nachbarschaftskreis erzählen. Das Thema berührt viele unmittelbarer, als mancher glaubt.

**Bleibt immer noch das Argument, dass die Arbeit vor Ort schon jetzt nicht für alle reicht.**

In den Dörfern stehen zahllose Häuser leer und verfallen. Warum sollten sie nicht wieder bewohnbar gemacht werden? Dann hätte auch das Dorf was davon.

**Meinen Sie, dass Gefangene überhaupt bereit sind zu einer solchen Arbeit?**

Wenn sie so direkt gefragt würden, erwarte ich eher eine abweisende Antwort. Aber wenn sie merken: Da redet einer nicht nur, sondern fordert uns heraus und vertraut uns, würde sich das ändern. Es funktioniert ohnehin nur, wenn der Einzelne dazu bereit ist. Er muss mitwirken. Resozialisierung geht immer nur mit den Betroffenen gemeinsam, nicht über ihre Köpfe hinweg.

**Müsste trotzdem eine Mauer um das Projekt gezogen werden?**

Die Beziehung zueinander würde eine solche Mauer bilden.

**Was macht Sie so hoffnungsvoll?**

Meine Lebenserfahrung. Und die Erfahrung mit ähnlichen Projekten. In Köln gibt es zum Beispiel eine Einrichtung, in der sich katholische Frauen für Jugendliche engagieren, die in Jugendstrafanstalten als hoffnungslose Fälle galten, als rebellisch und nicht integrierbar; keiner wollte mit ihnen zu tun haben. Die Frauen haben sich so intensiv um 38 Jugendliche gekümmert, dass nur drei von ihnen rückfällig wurden. Das ist eine ganz erstaunliche Quote. Sonst sind es im Jugendstrafvollzug mindestens 40 bis 50 Prozent, die erneut Straftaten begehen.

**Braucht die Idee, dezentral Gruppen von Gefangenen zu begleiten, nicht sehr viel mehr Helfer als jetzt?**

Die brauchen wir sowieso. In der JVA Dresden verfügen wir über 36 Haftplätze im offenen Vollzug, die aktuell mit 27 Gefangenen belegt sind. Wir haben zwölf Sozialarbeiterstellen für 800 Gefangene. Die Vollzugsbeamten haben viel zu wenig Zeit für den Einzelnen. Personal wird dringend gesucht. Es lässt sich viel leichter finden, wenn klar ist, dass der Vollzugsdienst nicht nur Schließer- und Kontrollfunktion hat, sondern das wichtigste Resozialisierungspersonal ist, weil es den Alltag der Verurteilten teilt. Wenn dazu nicht nur der Dienst auf den Abteilungen eines geschlossenen Gefängnisses gehört, sondern auch die Arbeit im Offenen Vollzug und in freien Formen in der Region, gewinnen die Stellen an Attraktivität.

**In der DDR waren Betriebe verpflichtet zur Wiedereingliederung von Häftlingen. Halten Sie das für einen gangbaren Weg?**

Ich fand die Idee schon immer gut. Das hätte man von der DDR übernehmen können, freilich ohne die ideologische Ausrichtung, die oft damit verbunden war.

*np-Sonderheft 11*

## **Das Normativitätsproblem der Sozialen Arbeit**

*Zur Begründung des eigenen und gesellschaftlichen Handelns*

Hrsg. von Hans-Uwe Otto und Holger Ziegler

Es besteht in der internationalen Forschung kein Zweifel daran, dass in institutionalisierten Bildungs- und Wohlfahrtsarrangements normative Vorstellungen eingebettet sind, ohne die diese nicht zu verstehen wären. Auch die Soziale Arbeit ist normativ begründete Praktik. Sowohl ihre Gegenstände (z.B. soziale Deprivierung und Ungleichheitsdynamiken, Erziehungs- oder Entwicklungsschwierigkeiten, die Ermöglichung von Bildungsprozessen oder die Bearbeitung sozialer Lebensführungsprobleme) als auch die Ziele der Sozialen Arbeit, seien es die Erhöhung von Chancengleichheit, die Sicherstellung des Humankapitals oder die Ermöglichung ›sozialer Subjektivität‹, sind von gesellschaftspolitischen Bewertungen durchdrungen und können ohne expliziten oder impliziten Bezug auf normative »Soll-Zustände« nicht auskommen.

Fraglich ist daher weniger, ob Soziale Arbeit auf normativ-politische Maßstäbe aufbaut, sondern, um welche Maßstäbe es sich handelt. Ferner stellt sich die Frage, inwiefern sich Soziale Arbeit lediglich auf die gesellschaftlich historisch je vorherrschenden Maßstäbe bezieht oder ob sie als Profession und Disziplin willens in der Lage ist, diese Vorgaben reflexiv zu prüfen und ggf. eigene Zielgrößen zu begründen.

Der Band enthält Beiträge von:

*Karin Böllert, Stefanie Duttweiler, Martin A. Graf, Christoph Henning, Matthias Hüttemann, Fabian Kessl, Ueli Mäder, Eva Nadei, Michael Nollert, Hans-Uwe Otto, Peter Pantucek, Marion Pomey, Albert Scherr, Hector Schmassmann, Stefan Schnurr, Tobias Studer, Hans Thiersch, Norbert Wohlfahrt, Holger Ziegler*

130 Seiten, für AbonnentInnen der np und SLR: 18,00 Euro,  
für NichtabonnentInnen: 22,00 Euro zzgl. Versand

*np-Sonderheft 14*

## **Die herausgeforderte Profession – Soziale Arbeit in multiprofessionellen Handlungskontexten**

Hrsg. Nina Thieme/Mirja Silkenbeumer

Die rapide Transformation des deutschen Wohlfahrtsstaates hin zu einem Sozialinvestitionsstaat und damit verbundene neoliberale Politiken stellen eine grundlegende Herausforderung Sozialer Arbeit als Profession und mit Blick auf ihre Professionalität dar.

Hinzu kommt für Soziale Arbeit im Zuge gegenwärtiger Ausdifferenzierung und Diversifizierung (sozial-)pädagogischer Felder und einer damit einhergehenden institutionellen Notwendigkeit multiprofessioneller Zusammenarbeit eine weitere, ebenso grundlegende Herausforderung: Gerade in der Zusammenarbeit mit anderen professionellen Berufsgruppen stellt ein statuspolitisch notwendiges und als Fundament einer eigenständigen professionellen Praxis geltendes – vor dem Hintergrund der durch gegenwärtige wohlfahrtsstaatliche Transformationsprozesse bedingten Herausforderung Sozialer Arbeit eher als prekär einzustufendes – Ausweisen eigener Zuständigkeit ein wesentliches Erfordernis dar, das jedoch gleichzeitig im Rahmen einer multiprofessionellen Zusammenarbeit auch irritiert wird.

Das Sonderheft diskutiert erstmalig diese Herausforderungen Sozialer Arbeit in Form theoretischer Vergewisserungen und empirischer Analysen, mit Blick auf verschiedene Handlungskontexte, und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Fundierung der eigenen Professionalität in der Auseinandersetzung mit den Herausforderungen multiprofessioneller Kooperation.

Mit Beiträgen von:

*Roland Becker-Lenz, Oliver Böhm-Kasper, Birgit Bütow, Peter Cloos, Christine Demmer, Tobias Franzheld, Johanna Ginter, Lisa Maria Groß, Benedikt Hopmann, Oliver Käch, Marlene Kowalski, Katharina Kunze, Svenja Marks, Susanne Maurer, Silke Müller-Hermann, Lukas Neuhaus, Alexandra Retkowski, Julian Sehmer, Mirja Silkenbeumer, Nina Thieme, Werner Thole, Norbert Wohlfahrt, Maren Zeller, Holger Ziegler*

126 Seiten, für Abonnent\_innen der np und SLR: 18,00 EUR,  
für nicht Abonnent\_innen: 22,00 EUR zzgl. Versandkosten

Zu beziehen über Ihre Buchhandlung oder direkt beim Verlag:  
[www.neue-praxis-shop.de](http://www.neue-praxis-shop.de)

ISBN 978-3-9810815-9-6



# **Rassismus in der Sozialen Arbeit und Rassismuskritik als Querschnittsaufgabe**

*Perspektiven für Wissenschaft und Praxis*

Christine Hunner-Kreisel/Jana Wetzel

Rassismus, Diskriminierungs- und Othering-Prozesse sind keine neuen Phänomene in unserer Gesellschaft. Insbesondere im Zusammenhang mit dem europäischen Grenzregime und den Flucht- und Migrationsbewegungen des Jahres 2015 und 2016 lässt sich jedoch eine zunehmende und radikalisierte, gleichzeitig auch scheinbar selbstverständliche Orientierung an vermeintlich religiös und kulturell markierten Differenzierungen feststellen. Die zunehmende Akzeptanz von rechten und rassistischen Äußerungen und Praktiken auch jenseits organisierter, alter und neuer Strukturen der Rechten, kann in einen Zusammenhang mit dem Zugewinn an Wähler\*stimmen der AfD bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg im März 2016 sowie inzwischen über ihren Einzug als drittstärkste Partei in den deutschen Bundestag im Jahr 2017 gestellt werden. Neben Formen von direktem Rassismus, wie bspw. in Form von körperlichen Angriffen, eindeutigen Bezügen mit rassistischer Sprache oder Symbolik, existieren wesentlich subtilere Formen von Rassismus, die von einem Großteil der Weißen Mehrheitsangehörigen nicht erkannt oder benannt werden. Damit wird Rassismus aus der ›Mitte der Gesellschaft‹ ausgelagert und als Problem von individuellen Einstellungen sowie verkürzt als Vorurteile und Stereotypisierungen wahrgenommen, gedeutet und bearbeitet. Stattdessen muss Rassismus als Machtproduktion auf der Grundlage von rassistischen Herrschaftsstrukturen unserer Gesellschaftsordnung (an-)erkannt und thematisiert werden, um als Konsequenz die Betroffenheit aller in den Fokus der Analysen zu rücken.

Rassismus zeigt sich auch als wahrnehmungs- und handlungsleitend in Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit. Umso wichtiger ist es in Kontexten von Pädagogik und Sozialer Arbeit Räume für dekonstruierende Perspektiven zu fordern und nicht in homogenisierenden und essentialisierenden Unterscheidungslogiken, wie in interkulturellen Konzepten weit verbreitet, zu verbleiben. Es muss darum gehen, kritisch auf die gesellschaftliche und soziale Hervorbringung von Positionierungen zu blicken.

*Mit Beiträgen von:*

Kemal Bozay, Markus End, Yasmina Gandouz-Touati, Nissar Gardi, Farid Hafez, Shadi Kooroshy, Tobias Linnemann, Paul Mecheril, Claus Melter, Inga Oberzaucher-Tölke, Büşra Okcu, Kim Annakathrin Ronacher, Saphira Shure, Asmaa Soliman, Wolfram Stender, Erol Yildiz, Safiye Yıldız.

*Herausgegeben von:*

Christine Hunner-Kreisel/Jana Wetzel

156 Seiten, für Abonent\*innen der np und SLR: 18,00 EUR

Für Nichtabonent\*innen: 22,00 EUR zzgl. Versandkosten

Zu beziehen über Ihre Buchhandlung oder direkt beim Verlag:

[www.neue-praxis-shop.de](http://www.neue-praxis-shop.de)

## **In den nächsten Heften u. a.**

- Die Tanten-Metapher
- Auseinandersetzung mit Digitalisierungsprozessen im Rahmen der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften der Sozialen Arbeit
- Identität, Vulnerabilität und Selbstsorge – ein Bezugsrahmen Sozialer Arbeit
- Die Finanzierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit